

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung und Verkehr

Sitzungstag: 05.02.14
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 16:30 Uhr bis 17:45 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzender

Husemann, Horst-Dieter

Stellvertretender Vorsitzender

Andersen, Klaus

Ausschussmitglieder

Albers, Udo

Feldmann, Monika

Lange, Hans-Jürgen

Vredenburg, Elke

Wolken, Wilfried

Grundmandat

Ludewig, Enno

Verwaltung

Albers, Jan Edo

Größ, Alexander

Hagestedt, Uwe

Mühlena, Björn

Rüstmann, Dietmar

Gäste

Schwerdhelm, Rainer Dr.-Ing.

Ingenieurbüro Dr. Schwerdhelm & Tjardes
zu TOP 7

Entschuldigt waren:

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4 Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um anwesenden Einwohnern Gelegenheit zur Fragestellung einzuräumen. Davon wird kein Gebrauch gemacht, so dass **er** die Sitzung wieder eröffnet.

Zuständigkeit des Rates

TOP 6 Neubau einer Lichtzeichenanlage im Bereich der Einmündung der Schillerstraße in die Straße Elisabethufer (L 813) Vorlage: BV/0520/2011-2016

Herr Lange beantragt, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen, und erst den Generalverkehrsplan abzuwarten. Die Stadt habe schon jetzt auf der Strecke von FAMILA bis zum Elisabethufer insgesamt 6 Ampelanlagen. **Herr Udo Albers** unterstützt die Aussagen von Herrn Lange. Die Prüfung, ob dort ein Neubau einer Lichtzeichenanlage erforderlich sei, eigne sich seiner Ansicht nach gut für den Verkehrsentwicklungsplan. **Er** beurteile die dortige Situation nicht so kritisch, wie sie in der Beschlussvorlage dargestellt worden sei. Man soll nach Prioritäten vorgehen. Hier sehe seine Fraktion den kleinen Kreisel als vorrangig an, da dort mehrere schwere Unfälle geschehen seien. Hier sei dringend eine Abhilfe erforderlich. Daher beantrage er, diesen Tagesordnungspunkt momentan nicht zu behandeln.

Herr Wolken spricht sich gegen diesen Antrag aus. Hier handele es sich um einen Gefahrenschwerpunkt, an dem die Stadt tätig werden müsse. Zudem beteilige sich das Land an den Kosten; dieses sei bei dem kleinen Kreisel nicht der Fall. Dieser Gefahrenpunkt an der Schillerstraße sei vorrangig.

Frau Vredenburg schließt sich den Ausführungen von Herrn Wolken an und erinnert an die Ratssitzung, in der Frau Dr. Schmidt erläutert habe, warum es dort für Kinder und Jugendliche so gefährlich sei. Der Verkehrsentwicklungsplan werde sich über 2 Jahre hinziehen. Man könne die Bürger nicht so lange verträsten.

Auf Anfrage **des Vorsitzenden** führt **Herr Mühlena** aus, dass dieser Bereich in der Verkehrssicherheitskommission diskutiert worden sei. Es handele sich um eine Landesstraße, bei der das Land in der Pflicht sei. Zuerst sei das Gefahrenpotenzial dort nicht gesehen worden. Nach nochmaliger Begutachtung dieser Kreuzung zusammen mit der Straße „Auf der Dreesche“ habe das Land eingelenkt und empfehle eine Vollbeampelung. Die Stadt müsse sich aber mit 20.000,00 € bis 25.000,00 € daran beteiligen. **Herr Mühlena** rät davon ab, hier erst die Ergebnisse des Verkehrsentwicklungsplanes abzuwarten.

Der Vorsitzende lässt über die Antrag der SWG-Fraktion abstimmen, diesen Punkt nicht zu behandeln und als Maßnahme des Verkehrsentwicklungsplanes aufzunehmen. Dieser Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

Sodann lässt **der Vorsitzende** über die Beschlussempfehlung der Verwaltung abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, beim Land Niedersachsen zu beantragen, dass der Verkehr im Kreuzungsbereich Elisabethufer / Schillerstraße künftig vollständig durch Lichtzeichenanlagen geregelt werden möge.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 5 Enthaltung 2

Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:

**TOP 7 Aufstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes;
hier: Vorstellung des Leistungsspektrums eines
Verkehrsentwicklungsplanes durch ein Fachbüro und
Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise
Vorlage: BV/0524/2011-2016**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt **der Vorsitzende** Herrn Dr. Rainer Schwerdhelm vom Ingenieurbüro Dr. Schwerdhelm & Tjardes, der sich bereiterklärt hat, dem Ausschuss das Thema Verkehrsentwicklungsplan näher zu bringen.

Herr Dr. Schwerdhelm bedankt sich für die Einladung und erläutert anhand der dieser Niederschrift beigefügten Präsentation die Begrifflichkeiten. Bei dem Verkehrsentwicklungsplan gehe es darum, die Stadt weiter zu entwickeln, wobei der Verkehr eine der tragenden Säulen sei. **Er** erläutert die Themen „Motorisierter Individualverkehr (MIV), Fußgänger und Radverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr, Beschilderung und Mobilität“ und was untersucht werden könne.

Herr Dr. Schwerdhelm weist im Rahmen seines Vortrages öfter darauf hin, dass der Umfang der möglichen Untersuchungen sich nach den örtlichen Gegebenheiten ausrichten könne. Dieses greift **der Vorsitzende** auf, und weist darauf hin, dass die Stadt in dem zu erstellenden Leistungsverzeichnis klar ausdrücken müsse, was untersucht werden solle. Dieses bestätigt **Herr Dr. Schwerdhelm**. **Er** unterstreicht die Wichtigkeit der Einrichtung eines Arbeitskreises, mit dem alle Akteure eingebunden werden sollen. Ein Dialog sei unabdingbar, wobei aber gemeinsame Ziele definiert werden müssten. Hier sei als Ziel ein Szenario „Verkehr in Jever 2030“ denkbar. Abschließend stellt **er** die aus seiner Sicht notwendigen Bausteine für die Stadt Jever dar:

- Verkehrsmodell für das gesamte Stadtgebiet
- Parken (nur der Innenstadtbereich)
- Schwerverkehr (Hier sollte das Ergebnis des motorisierten Individualverkehrs abgewartet und zuerst das Gespräch mit den Verursachern gesucht werden, bevor ein externer Gutachter eingeschaltet werde)
- Radverkehr (für das Stadtgebiet)
- Fußgängerverkehr (nur Innenstadt)
- Beschilderung (für das Stadtgebiet, aber außerhalb des VEP als Sonderbaustein)
- Einrichtung eines Arbeitskreises
- Die Themen ÖPNV und neue Mobilität seien nicht zwingend notwendig

Herr Dr. Schwerdhelm betont, dass diese Bausteine ein Vorschlag seien. Eine andere Herangehensweise sei auch denkbar, z.B. sich einzelne Problempunkte herauszusuchen und zur Lösung auszuschreiben. **Er** halte aber einen Verkehrsentwicklungsplan mit den o.g. Bausteinen für die bessere Lösung.

Der Vorsitzende bedankt sich für den ausführlichen und informativen Vortrag. Auf Anfrage stellt **Herr Dr. Schwerdhelm** seine Präsentation als Anlage zum Protokoll zur Verfügung.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss nun gefragt sei, ob man der Verwaltung den Auftrag erteile, Angebote für die Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes einzuholen. **Herr Wolken** erklärt, dass man davon erst einmal absehen und dieses Thema in den Fraktionen behandeln solle.

Herr Udo Albers führt aus, dass der Generalverkehrsplan gesetzlich verbindlich vorgeschrieben gewesen sei und **er** daher nicht nachvollziehen könne, warum dieser nicht in vollem Umfang erneuert werden müsse. **Herr Dr. Schwerdhelm** stellt richtig, dass eine vollumfängliche Erneuerung notwendig sei, wenn öffentliche Mittel beantragt werden sollen. **Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass der „Seele“-Generalverkehrsplan veraltet sei.

In der Folge kommen die Ausschussmitglieder überein, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen und das Thema in den Fraktionen zu beraten. In der nächsten Sitzung des Planungsausschusses solle dieses Thema wieder auf die Tagesordnung genommen werden.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt.

**TOP 8 Antrag der Straßengemeinschaft "Lange Meile";
hier: Aufstellung weiterer Gemeinschaftswerbetafeln
Vorlage: BV/0523/2011-2016**

Der Vorsitzende führt kurz zur Beschlussvorlage aus.

Herr Wolken erklärt, dass man den Antragstellern entgegen kommen solle.

Herr Lange spricht sich gegen die beantragten „Wellen“ aus. Diese erscheinen ihm von der Höhe her zu groß. In der beantragten Zahl könnte diese auch zu viel werden. Ihm gefalle das Aussehen nicht.

Herr Andersen führt aus, dass man sich in der Vergangenheit schon einmal mit diesem Thema beschäftigt habe. Die Schilder hätten beseitigt werden sollen. Diese konkurrieren mit der Werbung an den Häusern, die untersagt worden sei. Die Initiative der Straßengemeinschaft an sich könne man nur begrüßen. Die Stadt sei verpflichtet, die Schilder bzw. deren Anzahl zu reglementieren. **Er** schlägt vor, die Schilder nur zu dulden und zu vereinbaren, dass diese abzubauen seien, wenn es ein neues System gebe.

Frau Feldmann schließt sich der Meinung von Herrn Andersen an. **Ihr** sei es wichtig, das die Touristen geführt werden. Die Stadt müsse darauf achten, dass am Kirchplatz nicht zu viele Schilder aufgestellt werden. Mit den 4 beantragten Schildern würden in diesem Bereich übermäßig viele Schilder aufgestellt werden. **Sie** befürchte, dass noch weitere dazu kommen, wenn die Neue Straße und die Schlachtstraße Hinweisschilder aufstellen wollen.

Der Bürgermeister erklärt, dass **er** die Initiative für sehr begrüßenswert halte. **Er** gibt zu bedenken, dass auf den Fotos die größtmögliche „Welle“ als Beispiel eingefügt worden sei. Diese Schilder werden voraussichtlich nicht überall so groß, da darauf nur die Geschäfte werben, die auch tatsächlich existieren.

Herr Größ erläutert, dass es Ziel der Stadt sei, Fremdwerbung einzudämmen. Mit der Denkmalpflege habe man eine Besichtigung der Standorte vorgenommen und vereinbart, dass in der Stadt bereits vorhandene Design der „Wellen“ fortzuführen und nur bestimmte Größen zuzulassen. Ortsabhängig sollen solche Größen zugelassen werden, die sich einfügen.

Herr Mühlena führt aus, dass sich die Anlieger der „Langen Meile“ in der Stadt nicht richtig wahrgenommen fühlen. Die Schilder seien nicht die 1. Wahl. Da es zu keinem Konsens im Gesprächskreis über ein Kundenleitsystem gegeben habe, springen die Gewerbetreibenden der „Langen Meile“ in die Bresche, um die Lücke zu schließen. Mit der Fortführung des Designs sei zumindest eine Einheitlichkeit gegeben. Die Gewerbetreibenden seien darüber informiert, dass die Schilder nur unter zeitlichem Vorbehalt aufgestellt werden dürfen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es hier um einen Bereich gehe, wo massiert neue Bauten entstanden seien. Dieser Bereich sei unterstützungswürdig, da dort ein großer Leerstand vorhanden sei, aber auch ein großes Potenzial schlummere. Einen Wildwuchs wolle die Verwaltung mit der Aufstellung der „Wellen“ jedoch verhindern.

Herr Andersen kündigt an, dass er sich der Stimme enthalten werde, da dieses Thema noch nicht in der Fraktion besprochen worden sei.

Herr Lange erkundigt sich nach den Stellschildern, die an der Ecke St.-Annen-Straße/Elisabethufer stehen. **Herr Mühlena** erwidert, dass diese entfernt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Jever erklärt ihr Einverständnis für die Aufstellung von Gemeinschaftswerbeanlagen („Wellen“) an den Standorten 2 bis 4 im öffentlichen Bereich. Bezüglich des Standortes 1 wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Straßengemeinschaft einen Standort zu finden, der besser geeignet ist.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 5 Enthaltung 2

Eigene Zuständigkeit:

**TOP 9 Radweg entlang der L 813 zwischen den Ortsteilen Sandelermöns und Cleverns;
hier: Anfrage des Rats Herrn Udo Albers vom 20. Dezember 2013 zum Sachstand
Vorlage: AF/0508/2011-2016**

Herr Größ verliest die von Herrn Udo Albers gestellten Fragen und beantwortet diese wie folgt:

„Ersten Fragestellung:

Sachstandsbericht zur Realisierung des Radweges L 813 (Lückenschluss zwischen den Ortsteilen Sandelermöns – Cleverns).

Zweite Fragestellung:

Welche Maßnahmen sind nach entsprechenden Beschlüssen von der Verwaltung diesbezüglich in die Wege geleitet worden?

Welche Maßnahmen / Bemühungen / Vorgehensweise zur Realisierung dieses Vorhabens sind geplant / anvisiert?

Beantwortung der Fragestellungen:

Der Landkreis hat eine Prioritätenliste erstellt. Es wurde im Mai 2012 eine Bewertung nach dem Muster des Landes zu Grunde gelegt. Dieses Muster beinhaltet eine Punktebewertung nach Verkehrsdaten, Strukturdaten und den aktuellen Unfallzahlen. Diese Bewertung wurde von dem Landkreis in Zusammenarbeit mit den Kommunen verabschiedet.

Die Radwege an den Landesstraßen wurden in einen „Vordringlichen Bedarf“ (12 Stk) und in den „Weiteren Bedarf“ (19 Stk) eingestuft. Der Radwege entlang der L 813 zwischen Cleverns und Sandelermöns ist in der Kategorie „Weiteren Bedarf“ unter der L 807 (Sillenstede – Sengwarden), der L 812 (Waddewarden – Hooksiel) und der L 808 (Altgarmssiel – Neugarmssiel) mit der niedrigsten Priorität eingestuft worden.

Aus diesem Anlass war die Chance einer möglichen Hochstufung in den „Vordringlichen Bedarf“ nicht umzusetzen und der Ausbau der L813 in einer aussichtslosen Priorität. Da der Wirtschaftsminister 2013 ein Programm zur Förderung der Radwegenetze ins Leben gerufen hat und dieses Programm ein Radweg an einer Landesstraße nicht explizit ausschließt, ist es sinnvoll den Versuch zur Aufnahme der L813 ins Förderprogramm zu beantragen.

Herr Janssen hatte im vorhergegangenen VA bereits mitgeteilt ein Schreiben an den Wirtschaftsminister verfasst zu haben, mit der Bitte zur Aufnahme der L813 in das Förderprogramm. Die Antwort des Wirtschaftsministeriums beziffert eine Kostenschätzung auf 700.000 € und bestätigt die Lücke im Radwegenetz. Dazu verweise ich auf die Mail vom 05.02.2013, die der Niederschrift beigelegt wird.“

Herr Rüstmann ergänzt, dass es bisher nur ein Radwegeprogramm für Kreisstraßen gegeben habe. Nun gebe es ein neues Programm explizit für kommunale Straßen. Hier müsse noch geklärt werden, ob die Stadt mit dem Lückenschluss des Radweges an der L 813 in dieses Programm kommen könne.

Zur Kenntnis genommen

Zuständigkeit des Verwaltungsausschuss

**TOP 10 Radweg entlang der L 813 zwischen den Ortsteilen Sandelermöns und Cleverns;
Förderderung der Maßnahme;
hier: Antrag des Rats Herrn Udo Albers vom 20. Dezember 2013
Vorlage: AN/0507/2011-2016**

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen, ob der Antrag in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses inhaltlich behandelt werden soll.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7

TOP 11 Genehmigung des Protokolls Nr. 17 vom 06.11.2013 - öffentlicher Teil -

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 12 Mitteilungen der Verwaltung

TOP 12.1 Sanierungsgebiet IV "Lohne/Schlachte/Hooksweg"

Herr Größ teilt mit, dass das Planungsbüro Boner & Partner mit der vorbereitenden Untersuchung gemäß § 141 BauGB beauftragt worden sei. In der ersten Märzwoche solle eine Informationsveranstaltung für die Eigentümer und Bürger durchgeführt werden.

TOP 13 Anfragen und Anregungen

- keine -

TOP 14 Schließen der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:37 Uhr.

Genehmigt:

Horst-Dieter Husemann
Vorsitzende/r

Jan Edo Albers
Bürgermeister

Uwe Hagedstedt
Protokollführer/in